



GEMEINDEAMT WERNBERG

Bundesstr. Nr. 11 - 9241 Wernberg
Tel.Nr. 04252 3000 - Fax. 04252 3000-41
e-mail: wernberg@ktn.gde.at

Niederschrift

über die Sitzung des

Gemeinderates

2/2017

der Gemeinde Wernberg am

Donnerstag, 11.05.2017

mit Beginn um 19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

A n w e s e n d :

BGM	Zwölbar Franz	Bürgermeister	
VBGM	Ing. Liposchek Franz	1. Vizebürgermeister	
VBGM	Ing. Walter Robert Ulbing	2. Vizebürgermeister	
GV	Marlene Rogi	Gemeindevorstand	
GR	Mikosch Gregor	Gemeinderat Ersatz	f. GR Ing. Schellander
GR	RR Bruno Roland Peters	Gemeinderat	
GR	Ing. Mitterböck Christian	Gemeinderat	
GR	Hubmann Sabine	Gemeinderat	
GR	Struckl Gottfried	Gemeinderat Ersatz	f. GR Kriegl
GR	Theuermann Birgit	Gemeinderat Ersatz	f. GR Dr. Schwarz
GR	Warmuth Thomas	Gemeinderat	
GR	Arneitz Patricia	Gemeinderat	
GR	Di Bernardo Markus	Gemeinderat Ersatz	f. GV Ing. Rasom
GR	Marinitsch Gerhard	Gemeinderat	
GR	Prisnig Harald	Gemeinderat	
GR	Frank Birgit	Gemeinderat	
GV	Müller Adam	Gemeindevorstand	
GR	Treiber Sigrid	Gemeinderat Ersatz	f. GR Tengg
GR	Partoloth Veronika	Gemeinderat	

GR	Fradler Sigrid Angelika	Gemeinderat Ersatz	f. GR Ing. Borchardt
GR	Mag. Wiltschnig Martina	Gemeinderat	
GR	Mag. Wiltschnig Brigitte	Gemeinderat	
GR	RR Schmoliner Leopold	Gemeinderat	
AL	Liposchek Doris	Amtsleiterin	
FVW	Sapetschnig Brigitte	Finanzverwalterin	
SCHR	Kreulitsch Gertrud	Schriftführer	

Abwesend:

GR	Ing. Schellander Arnulf	Gemeinderat
GR	Dr. Friedrich Schwarz	Gemeinderat
GR	Kriegl Christopher Daniel	Gemeinderat
GR	Schellander Peter	Gemeinderat Ersatz
GR	Warmuth Martin	Gemeinderat Ersatz
GR	Schwarz Michaela	Gemeinderat Ersatz
GR	Warmuth Markus	Gemeinderat Ersatz
GV	Ing. Rasom Arthur	Gemeinderat
GR	Tengg Martin	Gemeinderat
GR	Ing. Uwe Borchardt	Gemeinderat
GR	Treiber Martin	Gemeinderat Ersatz
GR	Borchardt Max	Gemeinderat Ersatz

Die Sitzung ist öffentlich.

Bgm. Franz Zwölbar begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates sowie die Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Gemeinderäte wurden schriftlich und fristgerecht, unter Bekanntgabe der Tagesordnung, durch den Bürgermeister von der Abhaltung der Sitzung verständigt. Die Zustellnachweise liegen vor. Zeit, Ort und Tagesordnung wurden gleichzeitig mit der Einberufung an der Amtstafel und im Internet kundgemacht.

Dem Gemeinderat liegt eine geänderte Tagesordnung vor. Der Bürgermeister bringt dazu folgendes vor:

Die Tagesordnung wurde um „Punkt 10) Bestellung von Totenbeschauärzten“ erweitert. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes vorberaten, jedoch irrtümlich nicht auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt. Die geänderte Tagesordnung lautet daher wie folgt (Änderung fett gedruckt):

**Geänderte
Tagesordnung**

FRAGESTUNDE

1	Bestellung von zwei Mitgliedern zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45, Abs. 4, K-AGO.
2	Verordnung, mit der die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse festgelegt wird.
3	Abtretungsvertrag, abgeschlossen zwischen Hrn. Ing. Arnulf Schellander und der Gemeinde Wernberg betreffend die Übernahme der Wegparzelle Nr. 163/2, KG 75451 Umberg (Sonnwiesenweg) in das öffentliche Gut der Gemeinde Wernberg.
4	Rechnungsabschluss 2016.
5	Beschlussfassung über die Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln.
6	Mittelfristiger Investitionsplan für das Jahr 2017.
7	1.ordentlicher und 1. außerordentlicher Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017.
8	Kassenprüfungsbericht vom 15.3.2017.
9	Antrag gem. § 41 der K-AGO (Mitglieder der SPÖ Fraktion): Lärmschutzmaßnahmen entlang der Wörther See Autobahn A2.
10	Bestellung von Totenbeschauärzten.

Der Bürgermeister befragt den Gemeinderat, ob eine weitere Änderung oder Erweiterung der Tagesordnung begehrt wird.

Dazu erfolgt keine Wortmeldung und gilt die vorliegende Tagesordnung somit als einstimmig genehmigt.

Verlauf der Sitzung:

FRAGESTUNDE

Fragen sind keine eingelangt.

Der Bürgermeister berichtet wie folgt:

Im Auftrag von Enzo Del Negro wird vom Büro IBK Kronawetter die Kreuzung im Bereich des Business Center umgeplant. Die Ein- und Ausfahrtsbreiten, die Schleppkurve sowie der Einfahrtswinkel von Velden kommend müssen geändert werden. Auch muss ein neuer Standort für den Werbepylon genehmigt werden. Aufgrund dieser Änderung kann der Zeitplan für die Errichtung einer Lichtsignalanlage nicht eingehalten und der Neubau der Industriestraße bis zur Einbindung Lichtweg in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr umgesetzt werden. Das Genehmigungsverfahren des Landes für den Kreuzungsbereich und die Ampelanlage stehen noch aus, da die Grundabtretungsvereinbarung mit Herrn Del Negro nach wie vor noch offen ist.

Die Vereinbarung für den Bau des Autobahnvollanschlusses sollte laut LR Gerhard Köfer in einer Regierungssitzung im Mai behandelt werden. Zum geplanten Vollanschluss wurde eine Eingabe von Familie Tengg, mit einem Planungsvorschlag (Plan B), eingebracht. Nach diesem Plan B sollte die Auffahrt im Bereich des Anwesens Dragaschnig errichtet werden. Bgm. Franz Zwölbar bringt die Eingabe der Familie Tengg dem Gemeinderat auszugsweise durch Verlesung zur Kenntnis.

1 Bestellung von zwei Mitgliedern zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45, Abs. 4, K-AGO.
--

Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Niederschrift der heutigen Sitzung von GRⁱⁿ Sabine Hubmann (SPÖ) und GRⁱⁿ Birgit Frank (FPÖ) unterfertigt werden sollte.

Beschluss:

Dieser Vorschlag wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

2 Verordnung, mit der die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse festgelegt wird.

Berichterstatter Vbgm. Ing. Franz Liposchek (SPÖ) bringt die vorliegende Verordnung dem Gemeinderat durch Verlesung zur Kenntnis. Weiters verliest er den von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten schriftlichen Antrag. Dieser lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die im Entwurf vorliegende Verordnung, mit der die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse festgelegt wird, wird genehmigt.“

GR Reg. Rat Leopold Schmoliner (WGWi) stellt die Frage, warum diese Verordnung neu beschlossen werden muss. Die Höhe des Sitzungsgeldes hat sich nicht geändert.

Bgm. Franz Zwölbar antwortet, dass aufgrund der neuen Gesetzeslage dieser Beschluss zu fassen ist.

Beschluss:

Die vorliegende Verordnung wird vom Gemeinderat einstimmig zum Beschluss erhoben.

GR RR Bruno Roland Peters (SPÖ) erklärt sich zu Punkt 3) der Tagesordnung für befangen und verlässt um 19.18 Uhr den Sitzungssaal.

3 Abtretungsvertrag, abgeschlossen zwischen Hrn. Ing. Arnulf Schellander und der Gemeinde Wernberg betreffend die Übernahme der Wegparzelle Nr. 163/2, KG 75451 Umberg (Sonnwiesenweg) in das öffentliche Gut der Gemeinde Wernberg.

Vbgm. Ing. Walter Ulbing (SPÖ) erläutert zu diesem Abtretungsvertrag, dass die Wegparzelle Nr. 163/2, KG Umberg, von Ing. Arnulf Schellander unentgeltlich an die Gemeinde Wernberg übergeben wird. Auch die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages entstehenden Kosten und Abgaben, einschließlich der Lastenfreistellungskosten, werden von Ing. Arnulf Schellander getragen.

Vbgm. Ing. Walter Ulbing (SPÖ) bringt den nachfolgenden, von SPÖ, FPÖ und ÖVP unterschriebenen schriftlichen Antrag dem Gemeinderat durch Verlesung zur Kenntnis. Dieser lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vom Notariat Dr. Traar&Lochnikar erstellte Schenkungs- und Abtretungsvertrag, abgeschlossen zwischen Herrn Ing. Arnulf Schellander, Umberger Straße 47, 9241 Wernberg und der Gemeinde Wernberg – öffentliches Gut, Bundesstraße 11, 9241 Wernberg wird genehmigt.

Damit wird die Parz. Nr. 163/2 (Straßenanlage), KG 75451 Umberg in das öffentliche Gut übernommen.

Voraussetzung für die Durchführung dieser Übernahme ist jedoch die Vorlage der Lastenfreistellung für das angeführte Grundstück.“

Beschluss:

Dem Abtretungsvertrag erteilt der Gemeinderat mit 22 Stimmen einhellig seine Zustimmung (ohne GR RR Bruno Roland Peters (SPÖ) – befangen).
GR RR Bruno Roland Peters (SPÖ) nimmt ab 19.22 Uhr wieder an der Sitzung teil.

4 Rechnungsabschluss 2016.

GRⁱⁿ Veronika Partoloth (ÖVP) bringt den Bericht des Kontrollausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 2016 dem Gemeinderat durch Verlesung zur Kenntnis. Weiters verliest sie den von allen im Gemeindevorstand vertretenen Parteien unterfertigten, schriftlichen Antrag. Dieser lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2016 wird gem. § 90 der K-AGO in Verbindung mit § 78 der K-GHO festgestellt.“

Für den Kontrollausschuss:

Unterschrieben von der Obfrau des Kontrollausschusses GRⁱⁿ Mag. Brigitte Wiltschnig.

Zu diesen Ausführungen erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Rechnungsabschluss 2016 wird von den Mitgliedern des Gemeinderates einstimmig beschlossen.

5 Beschlussfassung über die Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln.

GR Bruno Roland Peters (SPÖ) verliest den zu diesem Tagesordnungspunkt erstellten Amtsvortrag sowie den nachfolgenden schriftlichen Antrag. Dieser wurde von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die mit Schreiben vom 1.12.2016 Zahl: A03-ALL- 58/30-2016 zugesicherten Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von € 325.000,-- sollen wie folgt, verwendet werden:

Ordentlicher Haushalt

Tilgung Regionalfondsdarlehen L 47 a € 70.000,--
Tilgung Regionalfondsdarlehen Slow. Schulverein € 20.200,--

Außerordentlicher Haushalt

Industriestraße € 130.000,--
Ampelanlage € 98.000,--
Hochwasserschutz € 6.800,--

Beschluss:

Ohne Wortmeldung wird der vorliegende Antrag vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

6 Mittelfristiger Investitionsplan für das Jahr 2017.

Berichterstatter GR Bruno Roland Peters (SPÖ) erläutert den mittelfristigen Investitionsplan für das Jahr 2017. Darin werden folgende Vorhaben sowie deren Bedeckung angeführt: Industriestraße, Ampelanlage, Entwässerung Zentralraum, ÖEK, Sanierung Eichelburg, Feuerwehrrübungsplatz Damtschach und Förderlach, Straßensanierungen 2016 und 2017, Parkplatz Friedhof Gottestal, Hochwasserschutz, Gehweg Schulweg, Sanierung Straßen 2015, Gebäudesanierung sowie Wegesanierung Ländliches Wegenetz.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde nachfolgender schriftlicher Antrag, welcher von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigt wurde, erstellt.
GR Bruno Roland Peters (SPÖ) verliest wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der vorliegende mittelfristige Investitionsplan für das Jahr 2017 wird genehmigt.“

Beschluss:

Dem mittelfristigen Investitionsplan für das Jahr 2017 wird einhellig die Zustimmung erteilt.

7	1. ordentlicher und 1. außerordentlicher Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017.
----------	--

Bgm. Franz Zwölbar verliest die Erläuterungen zum 1. ordentlichen und 1. außerordentlichen Nachtragsvoranschlag 2017. Diese lauten wie folgt:

Mit dem vorliegenden 1. ordentlichen und 1. außerordentlichen Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017 wird der ordentliche Haushalt von bisher € 8.778.400,-- um € 342.000,-- auf € 9.120.400,-- erweitert und der außerordentliche Haushalt von bisher € 645.000,-- um € 53.200,-- auf € 698.200,-- erweitert.

Der Gesamthaushalt erhöht sich somit von € 9.423.400,-- um € 395.200,-- auf € 9.818.600,--

Folgende Änderungen im Voranschlag wurden durchgeführt:

Ordentlicher Haushalt:

Die Einnahmen von **€ 342.000,--** ergeben sich aus

1. Sollüberschuss Vorjahr	€ 306.800,--
2. Rücklagenbehebungen WVA und Wirtschaftshof	€ 68.500,--
3. Rückführung vom AOH (Bahnweg)	€ 25.600,--
4. <u>Bedarfszuweisung (Sanierung Friedhof Damtschach)</u>	€ 5.000,--
	Summe € 405.900,--
abzüglich Mindereinnahmen Ertragsanteile 2016	- € <u>63.900,--</u>

Gesamtsumme Einnahmen OH € 342.000,--

Ausgaben

1. Zuführungen an den AOH	€ 170.800,--
2. Zuführung an Allgemeine Rücklage	€ 156.400,--
3. Umstellung Rechnungswesen WVA	€ 40.000,--
4. Mehrausgaben Sozialhilfe	€ 33.000,--
5. Bezüge Bgm. und Mandatäre	€ 24.000,--
6. Abfertigung Bedienstete Amt	€ 14.400,--
7. Erstellung Breitband-Masterplan	€ 11.600,--
8. Entwässerung und Erricht. Zaun Wirtschaftshof	€ 18.500,--
9. Fahrzeug Hufnagel	€ 10.000,--
10. Teilbebauungsplan Piuk Gründe	€ 7.400,--
11. BZ Weitergabe an Diözese Gurk	€ 5.000,--
12. Beratung Barrierefreiheit Amt	€ 3.100,--
13. <u>Dunstabzugshaube Küche Kindergarten Goritschach</u>	€ 1.700,--

	Summe € 495.900,--
abzüglich Zuführung AOH Entwäss. Klostergründe	- € 150.000,--
Minderausgaben Landesumlage	- € 3.900,--
Gesamtsumme Ausgaben OH	€ 342.000,--

Rücklagenbehebungen

WVA	€ 40.000,--
Wirtschaftshof	€ 28.500,--
	€ 68.500,--

Zuführungen an den AOH (Sollabgänge)

Sanierung Straßen 2016	€ 26.300,--
Gehweg Schulweg	€ 10.900,--
Sanierung Straßen 2015	€ 7.600,--
Gebäudesanierung	€ 1.700,--
Wegesanierung	€ 1.100,--
Summe	€ 47.600,--

Zuführungen an den AOH (aktuelle Vorhaben)

Sanierung Straßen 2017	€ 100.000,--
Parkplatz Friedhof Gottestal	€ 15.000,--
Hochwasserschutz (Damtschacher Bach)	€ 8.200,--
Summe	€ 123.200,--
Gesamtsumme Zuführungen AOH	€ 170.800,--

Außerordentlicher Haushalt:

Die Einnahmen von € 53.200,-- ergeben sich aus:

1. Zuführungen vom OH	€ 170.800,--
2. Soll-Überschuss Bahnweg	€ 25.600,--
3. Bedarfszuweisung Hochwasserschutz	€ 6.800,--
Summe	€ 203.200,--
abz. Zuführung Entwässerung Klostergründe	- € 150.000,--

Gesamtsumme Einnahmen AOH € 53.200,-

und werden verwendet für:

1. Straßensanierung 2017	€ 100.000,--
2. Parkplatz Friedhof Gottestal	€ 15.000,--
3. Hochwasserschutz Damtschacher Bach	€ 15.000,--
4. Rückführung an den OH	€ 25.600,--
5. <u>Bedeckung Sollabgänge Vorjahre</u>	€ 47.600,--
Summe	€ 203.200,--
abz. Vorhaben Entwässerung Klostergründe	- € 150.000,--

Gesamtsumme Ausgaben AOH € 53.200,--

Weiters verliest der Bürgermeister den zu diesem Tagesordnungspunkt erstellten schriftlichen Antrag, welcher von den Fraktionen SPÖ, FPÖ und ÖVP unterschrieben wurde.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Der 1. ordentliche und 1. außerordentliche Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017, mit welchem der ordentliche Haushalt von bisher € 8,778.400,-- um € 342.000,-- auf € 9,120.400,- und der außerordentliche Haushalt von bisher € 645.000,-- um € 53.200,-- auf € 698.200,-- erweitert wird, wird genehmigt.

Der Gesamthaushalt erhöht sich somit von € 9,423.400,-- um € 395.200,-- auf € 9,818.600,--.“

Zu diesen Ausführungen erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der vorliegende 1.ordentliche und 1.außerordentlichen Nachtragsvoranschlag für das Haushaltjahr 2017 wird vom Gemeinderat einstimmig zum Beschluss erhoben.

8 Kassenprüfungsbericht vom 15.3.2017.

GR Harald Prisnig (FPÖ) bringt den Kassenprüfungsbericht vom 15.3.2017 dem Gemeinderat durch Verlesung zur Kenntnis.

Ohne Wortmeldung wird der Kassenprüfungsbericht vom Gemeinderat einhellig zur Kenntnis genommen.

9 Antrag gem. § 41 der K-AGO (Mitglieder der SPÖ Fraktion): Lärmschutzmaßnahmen entlang der Wörther See Autobahn A2.

Vbgm. Ing. Franz Liposchek (SPÖ) bringt den von den SPÖ-Fraktionsmitgliedern eingebrachten Antrag gem. § 41 K-AGO dem Gemeinderat durch Verlesung zur Kenntnis. Diese lautet:

Bgm. Franz Zwölbar

Vbgm. Ing. Franz Liposchek

Vbgm. Ing. Walter Ulbing

GV Marlene Rogi

GR Ing. Christian Mitterböck

GR Bruno Roland Peters

GR Ing. Arnulf Schellander

GR Dr. Friedrich Schwarz

GR Thomas Warmuth

GRin Patricia Arneitz

GRin Sabine Hubmann

GR Gottfried Struckl

(alle Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion)

Wernberg, am 7. April 2017

Antrag gemäß § 41 der K-AGO

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellen an den Gemeinderat der Gemeinde folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Folgende Resolution wird bei den Mitgliedern der Kärntner Landesregierung eingebracht:

Resolution

Entlang der Wörthersee-Autobahn (A2) wurden vor einigen Jahren Lärmschutzmaßnahmen gesetzt. Bei der Präsentation des Projektes wurde darauf hingewiesen, dass die Lärmsituation in der Gemeinde Wernberg (von Kaninig beginnend bis zum Knoten Zauchen) erst mit Baubeginn der Vollanschlussselle Wernberg behandelt wird.

In den für den Vollanschluss geschätzten Baukosten von ca. 11 Mio. Euro sind auch Lärmschutzwände im Nahbereich der Anschlussstelle geplant. Darüber hinaus – Richtung Osten

und Richtung Westen – sind uns keine Baumaßnahmen bzw. beabsichtigte Lärmschutzmaßnahmen bekannt.

Der Gemeinderat fordert daher die Kärntner Landesregierung auf, zum Schutz jener Anrainer, die laut Lärmkarte durch Straßenlärm stark betroffen sind, weitere effiziente Lärmschutzmaßnahmen entlang der A2-Südbahn und der B 83 im Gemeindegebiet von Wernberg zu setzen.

Der Gemeinderat unterstützt damit auch die langjährigen Forderungen der Bürgerinitiative „Stopp dem Lärm“ aus Unterwernberg.

Unterschrieben wurde dieser Antrag von allen im Adressaten angeführten Gemeinderäten.

Nach diesen Ausführungen stellt Bgm. Franz Zwölbar fest, dass zu diesem Antrag von der Fraktion der FPÖ folgender Zusatzantrag gem. § 41 der K-AGO eingebracht wurde. Dieser lautet:

GR Gerhard Marinitsch
GR Harald Prisnig
GR Birgit Frank
GR Markus di Bernardo

Wernberg, am 11. Mai 2017

Zusatzantrag gemäß § 41 der K-AG

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates stellen an den Gemeinderat der Gemeinde Wernberg, zu Punkt 9 der Tagesordnung, folgenden Zusatzantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Resolution im Tagesordnungspunkt 9, bezüglich Lärmschutzmaßnahmen entlang der A2-Südbahn und B 83 im Gemeindegebiet von Wernberg, sollte um folgende Punkte erweitert werden und dann in der Kärntner Landesregierung eingebracht werden:

Erweiterung der Resolution

Im Anschluss angefügt:

Der Gemeinderat fordert die Kärntner Landesregierung auf, zum Schutz jener Anrainer, die laut Lärmkarte vom Bahnlärm betroffen sind, effiziente Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahnstrecke durch Wernberg zu setzen.

Unterschrieben wurde dieser Zusatzantrag von allen im Absender angeführten Gemeinderäten der FPÖ.

Bgm. Franz Zwölbar stellt zu diesem Zusatzantrag fest, dass die Zuständigkeit in Sachen „Bahnlärm“ nicht beim Land Kärnten sondern bei der ÖBB liegt. Zwischenzeitlich hält die Gemeinde Kontakt zu Ing. Meidl von den ÖBB und wurde eine "Lärmkarte" mit den zu prüfenden Lärmabschnitten übermittelt. Bei genauerer Studie dieser Lärmkarte wurde festgestellt, dass nicht alle vom Lärm Betroffenen geschützt sind. Unsere Forderung an die ÖBB lautet nun: Alle von Bahnlärm Betroffenen sind zu schützen, nicht nur die, die man schützen kann. Weiters stellt Bgm. Franz Zwölbar fest, dass sich die Gemeinde an diesem Projekt mit 25 % der Planungskosten beteiligen muss. Dem Inhalt des Zusatzantrages kann er deshalb nicht zustimmen, da die Zuständigkeit, wie schon erwähnt nicht beim Amt der Kärntner Landesregierung sondern bei der ÖBB liegt. Dieser Zusatzantrag müsste an die ÖBB gerichtet werden. Ein weiterer Grund ist wie schon angeführt, dass nicht alle in der Lärmkarte angegebenen Abschnitte geschützt werden.

Vor Abstimmung über den Zusatzantrag wird dieser von der Fraktion der FPÖ zurückgezogen.

Beschluss Hauptantrag:

Der Gemeinderat erteilt dem Hauptantrag einhellig die Zustimmung.

GV Marlene Rogi (SPÖ) erläutert den zu diesem Tagesordnungspunkt erstellten Amtsvortrag. Dieser lautet:

Aufgrund der Problematik, dass an Wochenenden die von der Gemeinde Wernberg bestellten Totenbeschauärzte

Dr. Eckart Carl Fieber
Dr. Bernd Leopold
Dr. Grazyna Gosch und
Dr. Stefan Kogler (hat nicht immer Wochenendbereitschaft)

schwer erreichbar sind, wurde uns seitens der Bestattung Villach eine Liste mit Totenbeschauärzten aus dem Bezirk Villach (mit Wochenendbereitschaft) übermittelt. Mit diesen wurde Kontakt aufgenommen und haben sich folgende Ärzte bereit erklärt, die Totenbeschau für die Gemeinde Wernberg durchführen zu wollen:

Dr. Gerald Schabernig, Gerbergasse 13, 9500 Villach
Dr. Anton Morak, Moritschstraße 2, 9500 Villach

Nachfolgender schriftlicher Antrag, unterfertigt von SPÖ, FPÖ und ÖVP, wird von GV Marlene Rogi (SPÖ) verlesen und lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Als weitere Totenbeschauärzte für die Gemeinde Wernberg werden

- *Dr. Anton Morak, Moritschstraße 2, 9500 Villach und*
- *Dr. Gerald Schabernig, Gerbergasse 13, 9500 Villach*

bestellt.“

GR Veronika Partoloth (ÖVP) regt an, dass die Gemeindebürger über das Mitteilungsblatt informiert werden sollen, dass die Totenbeschauärzte über einen Todesfall von der Bestattung verständigt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag einhellig zu.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, schließt der Bürgermeister die Sitzung des Gemeinderates um 20.20 Uhr.

Bürgermeister Franz Zwölbar

GRⁱⁿ Sabine Hubmann

GRⁱⁿ Birgit Frank

Schriftführerin Gertrud Kreulitsch